



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

An den Grossen Rat

06.0766.01

06.5005.02

06.5506.03

STK/FD/P060766
Basel, 25. Oktober 2006

Regierungsratsbeschluss
vom 24. Oktober 2006

Budget 2007

sowie

Schreiben zu den Vorgezogenen Budgetpostulaten

Doris Gysin betreffend offene Kinder- und Jugendarbeit (P065005)

und

Heidi Mück betreffend Ressort Schulen (P065006)

1. Begehren

Mit dem vorliegenden neuen Budgetbericht beantragen wir Ihnen, das Budget 2007, die Investitionsübersichtsliste 2007 und die Globalbudgets zu genehmigen.

Die Erhöhungen gemäss Vorgezogenem Budgetpostulat Doris Gysin und Vorgezogenem Budgetpostulat Heidi Mück haben wir ins Budget aufgenommen. Die vom Vorgezogenen Budgetpostulat Mück betroffene Budgetposition wurde um einen wesentlich grösseren Betrag erhöht als beantragt. Diese Mittel sind für die Verbesserungen im Schulbereich vorgesehen, hingegen nicht an eine Erhöhung der Unterrichtslektionendächer gebunden.

2. Vorgezogene Budgetpostulate

Mit diesem Budget kommen zum ersten Mal Vorgezogene Budgetpostulate zur Behandlung. In den nächsten beiden Abschnitten berichten wir hierzu und geben unsere Stellungnahme ab. Mit dem Beschluss über das Budget werden die Vorgezogenen Budgetpostulate gleichzeitig abgeschlossen.

2.1 Vorgezogenes Budgetpostulat Doris Gysin betreffend offene Kinder- und Jugendarbeit

Der Grosse Rat hat in seiner Sitzung vom 8. Februar 2006 das nachstehende Vorgezogene Budgetpostulat Doris Gysin dem Regierungsrat überwiesen:

"Dienststelle Nr. 307 / Subventionen

Erhöhung der Ausgaben um CHF 240'000

Die Kinderfreundlichkeit nimmt in unserer modernen Gesellschaft laufend ab. Für Spiel und spontane unorganisierte Treffen von Kindern und Jugendlichen gibt es auch in unserem Kanton im öffentlichen Lebensraum immer weniger Platz. Viele Schulkinder sind nach der Schule unbetreut. Eine ausserhäusliche niederschwellig zugängliche Tagesstruktur und optimale Spielangebote, wie sie Jugendtreffpunkte und andere Institutionen anbieten, können die familiär bedingte Chancenungleichheit dieser Kinder ein Stück weit ausgleichen. In den zwölf von der Abteilung AJFP subventionierten Institutionen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit werden wichtige soziale Erfahrungen vermittelt und das Verständnis füreinander gefördert. Vor allem für Quartiere mit einem hohen Migrantenanteil ist die von diesen Institutionen geleistete primäre Präventionsarbeit, welche die ganzen Familien einbezieht, von grösster Wichtigkeit.

Fast alle Subventionsnehmenden im Tätigkeitsfeld Offene Kinder- und Jugendarbeit machen einen erheblichen Mehrbedarf geltend. In einzelnen Institutionen bestehen Wartelisten. Aus finanziellen Gründen müssen dringend nötige Leistungen abgebaut werden, eine befriedigende nachhaltige Elternarbeit ist nicht mehr möglich.

Das Konzept der offenen Kinder- und Jugendarbeit mit Leitsätzen und Vorschlägen zu deren Umsetzung liegt bei der Regierung. Dem Vernehmen nach soll es v.a. im Bereich der offenen Kinderarbeit, dort wo Früherfassung und Prävention die grössten Chancen auf Erfolg haben, ein erhebliches Angebotsdefizit geben. Mit der zeitlichen Harmonisierung aller Subventionsverhältnisse soll der Grosse Rat im Jahr 2007 entscheiden, wohin, ab 2008, wie viel Geld fliessen soll.

Der Grosse Rat hat der Regierung an seiner Sitzung vom 11. Januar 06 ein Budgetpostulat in der Höhe von CHF 160'000 für das laufende Jahr eingereicht. Damit hat er ausgedrückt, dass er bereits vor

2008 eine Aufwertung des Aufgabenbereichs offene Kinder- und Jugendarbeit will. Diese politische Willensäusserung für einen Ausbau der offenen Kinder- und Jugendarbeit muss folgerichtig auch für das Jahr 2007 gelten, damit die subventionierten Institutionen ihre nachhaltige Arbeit mit einem gesicherten finanziellen Rahmen weiterführen können. Die dafür nötigen zusätzlichen Gelder sollen ausschliesslich und zweckgebunden in die nach Fachmeinung der AJFP dringendst benötigte praktische Basisarbeit der Institutionen investiert werden.

Doris Gysin, Stephan Gassmann, Hansjörg Wirz, Rolf Häring

Stellungnahme des Regierungsrates

Das Anliegen des Vorgezogenen Budgetpostulats Doris Gysin, die Subventionen im Bereich Kinder- und Jugendarbeit zu erhöhen, wurde aufgenommen. Die im Vorgezogenen Budgetpostulat verlangte Aufstockung wurde in der Dienststelle 307 "Subventionen", unter der Kostenart 365100 im Budget 2007 berücksichtigt.

2.2. Vorgezogenes Budgetpostulat Heidi Mück betreffend Ressort Schulen

Der Grosse Rat hat in seiner Sitzung vom 8. Februar 2006 das nachstehende Vorgezogene Budgetpostulat Heidi Mück dem Regierungsrat überwiesen:

"Dienststelle Nr. 210 / Ressort Schulen 06.5006.01

Erhöhung der Ausgaben um CHF 1'800'000

Die Unterrichtslektionendächer (ULD) der Basler Schulen wurden in den letzten Jahren mehrfach gesenkt. Eine Reduktion der ULD hat konkrete Auswirkungen auf den Unterricht (Erhöhung der Lerngruppengrössen) und bedeutet eine spürbare Verschlechterung der Unterrichts- und Lernbedingungen. Mit der Erhöhung des Budgets 2007 um CHF 1'800'000 kann die Senkung des ULD des letzten Schuljahres rückgängig gemacht werden.

Es braucht jetzt endlich ein klares Bekenntnis zur Verbesserung der Rahmenbedingungen an den Schulen. Mit einer Erhöhung der ULD bzw. einer Aufhebung des getätigten Abbaus kann dies erreicht werden. Diese Summe soll auf das Budget der einzelnen Schulen verteilt werden.

Heidi Mück"

Stellungnahme des Regierungsrates

Der Regierungsrat hat sich in mehreren Sitzungen intensiv mit dem Budget des Ressorts Schulen befasst. Er hat sich zum Ziel gesetzt, die Bildungsqualität im Kanton Basel-Stadt weiter zu verbessern. Während die sinkenden Schülerzahlen bei den allgemeinbildenden Schulen zu einer Budgetentlastung von CHF 8.1 Mio. führen, werden für die Weiterentwicklung der Schulen zusätzliche Mittel in der Höhe von CHF 12.2 Mio. (ohne Teuerungsausgleich auf Löhnen) zur Verfügung gestellt, die sich wie folgt aufteilen:

- **CHF 2.4 Mio.** zur Weiterentwicklung der Bildungsqualität im Rahmen des politischen Schwerpunktes "Bildungswege in der Volksschule". Neben dem Ausbau der Tagesstrukturen und einem Budgetausgleich für die gestiegene Heterogenität soll auch sichergestellt werden, dass Projekte zur Flexibilisierung des Schuleintritts, der Qualitätsentwicklung im Unterricht sowie zur Modernisierung der Leitungsstrukturen an den Volksschulen plangemäss weitergeführt werden können. Diese Entwicklungsvorhaben werden auch in den nachfolgenden Jahren erhebliche zusätzlichen Investitionen auslösen.

- **CHF 8.8 Mio.** zu einem grossen Teil für den Ausgleich der gestiegenen Lektionenkosten¹, des weiteren primär für die Senkung der Pflichtstunden in den Bereichen Berufsmaturität und Bildnerisches Gestalten, mehr Klassen bei den Berufsschulen, die Weiterführung der Italienischen Schulen, den weiteren Ausbau von Mittagstischen sowie eine Budgetkorrektur bei den Kleinklassen.
- **CHF 1 Mio.** für den weiteren Ausbau der Tagesbetreuung.

Entsprechend dem Grundanliegen des Vorgezogenen Budgetpostulats, mehr Mittel für die Schulen zu investieren, wurden die Budgetmittel erhöht. Gemäss vorstehender Darstellung wurde die Budgetvorgabe zur Erhaltung und Entwicklung der Bildungsqualität um einen wesentlich höheren Betrag angehoben, als im Budgetpostulat gefordert. Damit ist das Postulat budgetmässig erfüllt. Diese zusätzlichen Gelder sollen ganz gezielt für Verbesserungen bei denjenigen Vorhaben und Aufgaben verwendet werden, bei denen es dem Regierungsrat am wirkungsvollsten erscheint (gemäss obiger Auflistung).

Die Massnahme einer zusätzlichen Erhöhung der Unterrichtslektionendächer würde hingegen wenig zielgerichtet wirken, sondern generell die Bildungskosten erhöhen. Da in den beiden Sparpaketen zur Reduktion von Aufgaben und Leistungen (A&L) der Schulbereich nur unterdurchschnittlich belastet wurde, erachtet der Regierungsrat eine weitere Umverteilung zu Lasten anderer Bereiche als nicht angebracht. Durch die eingeleiteten Entwicklungsmassnahmen und die dafür zur Verfügung gestellten zusätzlichen Mittel - welche in den Folgejahren noch um ein mehrfaches höher ausfallen werden - soll die Bildungsqualität verbessert werden. Diese wichtigen Entwicklungsschritte können jedoch nur finanziert werden, wenn die Unterrichtslektionendächer gleichzeitig vorerst auf dem heutigen Niveau verbleiben. Die dazumal unter den A+L-Paketen vorgenommene moderate Senkung der Unterrichtslektionendächer ist in diesem Gesamtkontext weiterhin verantwortbar.

¹ Die abnehmenden Schülerzahlen im Schulbereich haben den Effekt, dass die Zahl der erteilten Unterrichtslektionen sinkt und kaum mehr junge Lehrpersonen in tiefen Lohnstufen angestellt werden können. Damit steigt das durchschnittliche Alter der Lehrpersonen und ebenso ihre durchschnittliche Lohnstufe. Das führt zu einer Steigerung der Aufwendungen der Unterrichtskosten bei gleichem Angebot. Der Teuerungsausgleich auf den Löhnen ist in dieser Zahl nicht enthalten.

3. Antrag

Gestützt auf die obigen Ausführungen beantragen wir dem Grossen Rat

1. die Annahme des beiliegenden Grossratsbeschlusses zum Budget

und

2. die Feststellung, dass mit den beantragten Budgeterhöhungen im vorliegenden Budget die Vorgezogenen Budgetpostulate Doris Gysin und Heidi Mück berücksichtigt sind und die beiden Postulate damit erfüllt sind.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Barbara Schneider
Präsidentin



Dr. Robert Heuss
Staatsschreiber

Grossratsbeschluss zum Budget 2007

(vom [Hier Datum eingeben])

Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt, nach Einsicht in den oben stehenden Ratschlag und in den Bericht Nr. [Hier Nummer des GRK-Berichts eingeben] der [Hier GR-Kommission eingeben]-Kommission, beschliesst:

://: 1. Das gesamtkantonale Budget 2007 wird wie folgt genehmigt:

Laufende Rechnung	Aufwand	CHF	3'871'837'306
	Ertrag	CHF	3'924'750'468
	Ertragsüberschuss	CHF	52'913'162
=====			
Investitionsrechnung	Ausgaben	CHF	303'886'000
	Einnahmen	CHF	60'486'000
	Nettoinvestitionen	CHF	243'400'00
=====			

- Die Gebundenen Ausgaben auf der Investitionsübersichtsliste gemäss Kapitel 4 des Budgets für das Jahr 2007 werden genehmigt.
- Die Budgets der Dienststellen ohne Globalbudget für das Jahr 2007 werden gemäss den Kapiteln 6 bis 8 des Budgets genehmigt.
- Die Globalbudgets 2007 der Museen und des öffentlichen Verkehrs werden gemäss Kapitel 6.3 des Budgets genehmigt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.